

Björn Höcke: Sorgenkind Bildung.

„Blauer Mut – Die Zeitung für Thüringen“, Bürgerinformation der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, April 2021.

Sorgenkind Bildung – Defizite im deutschen Bildungssystem nehmen immer drastischere Ausmaße an.

Kommentar von Björn Höcke.

Thilo Sarrazins Bestseller »Deutschland schafft sich ab« präsentierte bei seinem Erscheinen 2010 einen dramatischen Befund: Unser Land lebt nur noch aus der Substanz. Als wesentliches Zeichen des Verfalls nannte er die seit Jahrzehnten sinkende Leistungsfähigkeit im Bereich der Bildung. Er schrieb damit nur das nieder, was jeder Handwerksmeister und Hochschullehrer bereits erkannt hatte: Die Ausbildungs- und Studierfähigkeit der jungen Generation nimmt immer weiter ab.

Die drei zentralen Gründe des Schulversagens.

Ich selbst habe das deutsche Bildungssystem von der Grundschule bis zur Universität durchlaufen, war danach fünfzehn Jahre Lehrer im Sekundarbereich I und II und bin Vater von vier schulpflichtigen Kindern. Aus meiner langjährigen Erfahrung heraus kann ich sagen, daß die Unterrichtszeit an den meisten Schulen nicht optimal genutzt wird. Dafür gibt es drei zentrale Gründe: Erstens gibt es immer mehr Schüler – vor allem in größeren Städten –, die Deutsch nicht oder nur unzureichend beherrschen. Ohne gemeinsame Sprachbasis kann aber kein effektiver Unterricht stattfinden. Zweitens: Es ist im Klassenraum oft viel zu laut und chaotisch, so daß sich die Kinder kaum auf das anstehende Thema konzentrieren können. Drittens: Die ständig wechselnden neuen Unterrichtsmethoden verunsichern Schüler und Lehrer. Es fehlt die durchgängige pädagogische Linie, die nur sanft an neue Erkenntnisse angepaßt werden darf. Kurz: Erfolgreiche schulische Bildung fußt auf gemeinsamer Sprache, ruhiger, produktiver Arbeitsatmosphäre sowie Verlässlichkeit und Kontinuität. Wenn man von der unsäglichen politischen Indoktrination einmal absieht, setzte das DDR-Schulsystem diese Einsicht in die Praxis um – mit bekanntermaßen sehr guten Ergebnissen.

Weitere Ursachen der Misere.

Der chronische Unterrichtsausfall der letzten Jahre hat den Bildungspatienten weiter geschwächt. Ein Abiturient verliert heute bis zum Ende seiner Schullaufbahn fast ein komplettes Schuljahr. Da fast nichts so gut planbar ist wie der künftige Lehrerbedarf, muß man hier von einem eklatanten Politikversagen sprechen. Das Corona-Management der Regierung hat nun die bereits bestehenden Probleme weiter verschärft. Die virtuelle Fernbeschulung ist – trotz großer Bemühungen seitens der Lehrer und Eltern – nicht nur aufgrund der instabilen Schulcloud mangelhaft: Das Ausfüllen von Hunderten Arbeitsblättern, die genervte Eltern zu Hause ausdrucken, kann lebendigen Präsenzunterricht nicht ersetzen. Lernpsychologisch ist klar: Um Wissen langfristig zu verankern, bedarf es in jungen Jahren neben Wiederholung und Übung vor allem des persönlichen Kontakts zum Lehrer. Eine Videokonferenz kann

das nicht kompensieren. Die Grenzen der allseits propagierten Digitalisierung werden hier erneut sichtbar. Das Unterrichtsdefizit ist schon deswegen fatal, weil etliche Dinge nur in bestimmten Altersphasen optimal vermittelt werden können. Der Volksmund sagt: »Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.« Kurz: Das Corona-Schuljahr wird zu bleibenden Bildungslücken bei der jetzigen Schülergeneration führen. Daran wird auch ein weiteres Absenken des Anforderungsniveaus, um die Schüler trotz der Defizite durchzuschleusen, nichts ändern.

Bildung unerwünscht?

Aber nicht nur für den Bildungsbereich sind die Folgen des staatlich verordneten Stubenarrestes verheerend: Unsere Kinder werden krank an Körper und Seele. Depressionsneigung, Fettleibigkeit und Kurzsichtigkeit nehmen laut Ärzteberichten deutlich zu. Man fragt sich angesichts dieser alarmierenden Fakten: Wollen die Herrschenden im Land gar keine körperlich-seelisch gesunden Menschen mit einem soliden Bildungsniveau und eigener Urteilskraft? In diesem Zusammenhang muß auf ein grundsätzliches Problem der derzeitigen Schulpolitik hingewiesen werden: Bildung wird heute fast ausschließlich als Ausbildung verstanden. Die jungen Menschen sollen fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden. Natürlich ist die Vermittlung berufsvorbereitender Kompetenzen ein wichtiges Anliegen. Aber mit diesem Schmalspurkonzept wird man dem eigentlichen Bildungsauftrag nicht gerecht. Die Alternative Bildung umfaßt darüber hinaus neben der wichtigen Charakterbildung vor allem Allgemeinbildung und einen Kanon von geistig-kulturellen Gütern. Für den »Bildungspapst« Dietrich Schwanitz waren das die vermeintlich unnützen Dinge, »die wir einmal gelernt und dann wieder vergessen haben«. Sie wirken im geistigen Hintergrund ein Leben lang positiv weiter. Nur mit der Summe dieser Bildungsfaktoren können wir ein hohes kulturelles Niveau halten beziehungsweise wiederherstellen, an das auch der technisch-ökonomische Bereich der Gesellschaft gekoppelt ist. Und für die Menschen erreichen wir das, was die Griechen einst mit dem Persönlichkeitsideal der Areté umschrieben: Leistungstüchtigkeit, die sich mit Lebenssinn, Werteorientierung und Lebensfreude verbindet.

Warum spricht man in Deutschland nicht Deutsch?

Kommentar von Björn Höcke.

Die Bibelübersetzung durch Martin Luther legte vor über einem halben Jahrtausend die Grundlage für die deutsche Hochsprache. Diese entwickelte sich zum wichtigsten Bindeglied für unsere gemeinschaftliche Identität. Anders als andere europäische Sprachen, die per Gesetz vor Verfremdung geschützt werden, leidet unsere Sprache zunehmend unter einem dramatischen Erosionsprozeß: Zum einen werden deutsche Wörter durch Anglizismen verdrängt, zum anderen wird die Umgangssprache durch nur noch gebrochen Deutsch sprechende Parallelgesellschaften vor allem grammatikalisch »simplifiziert«. Vor allem aber ist der zunehmende Angriff auf die deutsche Sprache bedenklich, der von Sprachmanipulatoren ausgeht, die ein »Gender Mainstreaming«-Deutsch durchsetzen wollen.

Sprache soll als Mittel der Spaltung mißbraucht werden.

Vom »Binnen-I« bis zum »Gender-Stern« wollen uns diese Natur und Traditionen

verachtenden »Aktivisten« aus Politik, Medien und »Zivilgesellschaft« manipulierende Sprech- und Schreibweisen aufnötigen, die für jeden normalen Menschen nur ein Zeichen von Dekadenz sein können. Ihren einst einigenden Charakter mit Füßen tretend, wird unsere Sprache von diesen ideologischen Sprachaktivisten als Mittel der Spaltung mißbraucht und ihrer verbindenden Funktion beraubt. Es steht außer Frage, daß der Staat eine besondere Verantwortung für unsere Sprache trägt. Ganz offenkundig kommt er dieser nicht nach und leistet dem Erosionsprozeß sogar noch Vorschub: Die Begriffsbildung der Regierungen im Rahmen der »Lockdown-Politik« spricht Bände. Warum sprechen wir in Deutschland nicht Deutsch? Wir fordern jedenfalls die Aufnahme der deutschen Sprache als Landessprache in die Thüringer Verfassung, um sie zu pflegen und zu fördern.

Unser 10-Punkte-Bildungsplan – Damit wir unsere Kinder für eine gute Zukunft stark machen können! – Bildung ist unsere wichtigste Ressource!

1. Die Schließung der Schulen ist nicht verhältnismäßig!

Wissenschaftliche Studien belegen, daß Kinder zur Verbreitung des Corona-Virus kaum beitragen, sehr selten erkranken und Schulen keine Pandemietreiber sind. Die Schäden, die der Lockdown bei Schülern verursacht hat, stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen des Gesundheitsschutzes der betroffenen Risikogruppen. Daher sind die Schulen offen zu halten, den Schülern steht ihr Bildungsrecht voll zu!

2. Keinen Schüler zurücklassen!

Der Unterrichtsausfall durch die Schulschließungen konnte nicht annähernd durch den Distanzunterricht aufgefangen werden. Aufgrund der großen Heterogenität bei der Vermittlung der Lerninhalte müssen die Lernrückstände aller Schüler ermittelt werden.

3. Fokus auf die Vermittlung von Kulturtechniken im Grundschulbereich legen.

Durch die Schulschließungen sind gerade im Grundschulbereich bei der Vermittlung von Kulturtechniken erhebliche Lernrückstände entstanden, die nicht ohne Weiteres aufgeholt werden können. Daher muß der Schwerpunkt in den Grundschulen auf die Vermittlung von Lesen, Schreiben und Rechnen gelegt werden.

4. Keine Absenkung des Bildungsniveaus.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Lernstanderhebung und der Lehrplanziele für die Hauptfächer sollen die weiterführenden Schulen die Studentafel anpassen dürfen. Die Wiederholung eines Schuljahres ist nicht als »Strafe« zu sehen, sondern als Chance, Bildungslücken zu schließen. Der Beschluß der Landesregierung, daß die Schüler der Klassenstufen 4, 6 und 8 »automatisch« und unabhängig von den erreichten Leistungen in die nächste Klassenstufe versetzt werden, ist aufzuheben.

5. Abschlußklassen Planungssicherheit geben, Qualität sichern.

Die Schüler der Abschlußklassen dürfen die Schulen nicht mit einem geringeren Bildungsstand verlassen als frühere Jahrgänge. Anstatt Leistungs- und Prüfungsansprüche zu senken, muß man den regulären Schulbetrieb wieder

aufnehmen und die Prüfungen auf möglichst späte Zeitpunkte im Schuljahr verschieben.

6. Zusätzliche Förderangebote neben dem Regelunterricht einrichten.

Die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, bedarfsgerechte und zielgruppenspezifische Fördermaßnahmen, Aufbaukurse und Lernangebote zusätzlich zum Regelunterricht anbieten zu können, um die Schüler gezielt zu fördern und Lernrückstände aufzuholen. Zur personellen Absicherung sollte auf Nachhilfelehrer, Lehramtsstudenten, Referendare, Erzieher mit Lehrbefähigung oder pensionierte Pädagogen zurückgegriffen werden.

7. Zusätzliche Förderangebote in den Sommerferien.

Für die Sommerferien müssen Angebote für sportliche Betätigungen, sozialen Austausch und bedarfsgerechte Lernförderung initiiert werden. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf der Schwimmausbildung liegen.

8. Maßnahmen gegen psychische Folgen ergreifen.

Die Corona-Maßnahmen führten zu sozialen und psychischen Beeinträchtigungen und Gesundheitsrisiken, die nicht weiter ignoriert werden dürfen. Ärzte müssen einbezogen, das schulpsychologische Beratungssystem muß personell, finanziell und strukturell gestärkt werden.

9. Physische Probleme des »Lockdowns« bewältigen.

Die Schließung von Kindergärten, Schulen, Vereinen und Spielplätzen führte zu körperlichen Erkrankungen und Gefährdungen. Zusammen mit Ärzten und Pädagogen müssen Strategien entwickelt werden, um entstandene Probleme aufzuarbeiten. Dazu gehört primär die Bewegung im Alltag in Kindergärten und Schulen. Vereine müssen wieder die Möglichkeit zur Durchführung des Kinder- und Jugendsports erhalten.

10. Unsere Kinder für eine gute Zukunft stark machen!

Kinder und Jugendliche brauchen für ihre psychosoziale Entwicklung und ihren Lernerfolg den unmittelbaren sozialen Kontakt sowie Entfaltungs- und Entwicklungsräume. Sie sollen nicht in einem Klima der Verunsicherung und Angstrhetorik aufwachsen. Die Rechte und die Entwicklungsmöglichkeiten der jungen Generation dürfen nicht länger eingeschränkt werden!

Die Grenzen einer Cloud – Schreiben, Lesen und Rechnen werden am besten ohne technische Spielereien erlernt.

Kommentar von Denny Jankowsky.

Was wir momentan erleben, ist ein von Aktionismus getriebener Ausbau der Digitalisierung in unserem Bildungssystem. Digitalisierung kann den Bildungsprozeß positiv beeinflussen, wenn sie gut durchdacht ist. Sie kann aber auch, wenn sie falsch angelegt ist, den Bildungserfolg der Schüler hemmen. Daß der Einsatz digitaler Medien im Bildungsbereich nicht unproblematisch ist, zeigen etliche Studien – seit

Jahren, weltweit. Bisher sind keine längerfristigen positiven Effekte von Digitalisierung auf die Lernerfolge nachweisbar. Es konnte teilweise eine kurzfristig höhere Motivation festgestellt werden, sich mit den neuen Geräten zu beschäftigen – aber die Inhalte wurden trotzdem nicht besser erlernt. Langfristig hat die Digitalisierung im besten Fall nur keine negativen Auswirkungen auf die Schülerleistungen. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen digitaler Medien auf die physische, kognitive und psychische Entwicklung der Kinder. Angefangen bei der Zunahme von Kurzsichtigkeit infolge zunehmender Nutzung von Bildschirmmedien, einer Verkürzung der Aufmerksamkeitsspanne und der Konzentrationsfähigkeit bis hin zu einem erhöhten Risiko für Online-Sucht, die seit Jahren steigt.

Die Nachteile überwiegen.

Gerade bei jungen Schülern zeigt die Forschung, daß die Nachteile der Digitalisierung deutlich größer sind als die vermeintlichen Vorteile. In Grundschulen sollen vor allem die Kulturtechniken vermittelt werden: Schreiben, Lesen und Rechnen. Das funktioniert am besten ohne technische Spielereien. In höheren Altersstufen ist ein sinnvoller Einsatz von digitalen Medien eher möglich. Dafür bedarf es dennoch zuerst pädagogischer Konzepte und klarer Vorgaben, wo und wie Digitalisierung im Bildungssystem sinnvoll ist. Leider erleben wir derzeit, daß der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wird und die Geräte einfach so an die Schulen gegeben werden. Die oben genannten Risiken werden dabei ignoriert. Die AfD-Fraktion hat im Landtag immer wieder angemahnt, daß die Digitalisierung im Bildungssystem kein Selbstzweck sein darf. Es geht darum zu schauen, wo der Einsatz der Digitalisierung sinnvoll ist, wo sie altersgerecht eingesetzt werden kann, und vor allem, wo sie im Bildungsbereich und für die Lernerfolge der Schüler wirklich dienlich ist.

Der Rundfunkrat als Selbstbedienungsladen. – Mehr Ideologie als Vernunft bei Neufassung des MDR-Staatsvertrags.

Kommentar von Jens Cotta.

Im Mai dieses Jahres wird er 30 Jahre alt – der MDR-Staatsvertrag. Zeit für eine Neufassung. Modernisierungsbedarf besteht tatsächlich, aber der vorliegende Entwurf ist mehr von Ideologie denn von Vernunft geprägt. Dass die Rot-Rot-Grünen aus Erfurt turnusmäßig die Hoheit über den Satzungsentwurf der Drei-Länder-Anstalt hatten, ist ihm deutlich anzumerken. Was macht man in Zeiten knapper Kassen und sinkender Bevölkerungszahlen? Richtig, man vergrößert das zuständige Gremium, das für die Überwachung des Sendeauftrags verantwortlich ist. Und weil Vergrößerung allein nicht schlimm genug ist, wird der Rundfunkrat zusätzlich ideologisch umstrukturiert. Das Verfassungsgericht hatte der Politik ins Pflichtenheft geschrieben, die Zusammensetzung des Rundfunkrates »staatsfern« zu gestalten – zielführender wäre es gewesen, eine »Regierungsferne« zu verankern. Die Antwort der Ramelow-Regierung auf die Forderung des Verfassungsgerichts ist, grob formuliert: arbeitgebernahe Vertreter raus, dafür Migrantinnen-, Umwelt- und LGBTI-Organisationen rein. Jeder weiß, welchem politischen Spektrum Arbeitgebervertretungen und welchem Migrantinnen-, Umwelt- und LGBTI-Organisationen zuzuordnen sind. Zumindest haben die Wirtschaftsverbände bemerkt, daß ihnen zukünftig nur noch zwei Sitze zustehen sollen, während die Arbeitnehmerverbände auf sechs Sitze kommen, und formulieren ersten zaghaften Protest. Die Thüringer AfD-Fraktion läßt sich bezüglich der Besetzung des

Rundfunkrates von Vernunft leiten: Verschlankt das Gremium und besetzt es politisch ausgewogen! Und damit es nicht in Vergessenheit gerät: Der Rundfunkbeitrag gehört abgeschafft!

Impressum/ V.i.S.d.P.:

Björn Höcke

„Blauer Mut – Die Zeitung für Thüringen“, Bürgerinformation der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, April 2021.

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Auflage: 800 000 Stück

www.afd-thl.de